

Feindbild Islam, der neue Rassismus?

Eine Veranstaltung zum
2. Ökumenischen Kirchentag
München, 13. Mai 2010

DIE LINKE.

Feindbild Islam – der neue Rassismus?

**Veranstaltung der Partei DIE LINKE am 13. Mai 2010
zum 2. Ökumenischen Kirchentag in München**

Mit **Stephan J. Kramer**, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland; **Aiman Mazyek**, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime; **Rafael Nikodemus**, Kirchenrat, Islambeauftragter der Evangelischen Landeskirche im Rheinland; **Christine Buchholz**, MdB, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand DIE LINKE; Moderation: **Nicole Gohlke**, MdB, DIE LINKE

Nicole Gohlke: Herzlich Willkommen zu unserer Veranstaltung. Wir haben uns entschieden, diese Veranstaltung zu machen, als in der Schweiz gerade der Bau von Minaretten per Volksbegehren verboten wurde und die Diskussion über das Burkaverbot in Frankreich und Belgien entflammte. In Belgien wurde ein Burkaverbot vom Parlament beschlossen und in Frankreich hat die Regierung dazu einen Gesetzentwurf eingebracht.

Und weil in der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Vorbehalte gegenüber dem Islam zunehmen, haben wir die Fragestellung aufgeworfen: Ist Islamfeindlichkeit eine Form von Rassismus?

Herr Nikodemus, Sie haben als Pastor im Duisburger Norden gearbeitet, in dem es einen großen Anteil von Muslimen an der Bevölkerung gibt. Wie erleben Sie die momentane Stimmung gegenüber Muslimen?

Rafael Nikodemus: Der Duisburger Norden hat mit 4,6 Prozent pro NRW gewählt. Landesweit waren es insgesamt 1,4 Prozent. Daran kann man sehen, wie sehr Parteien wie pro NRW, die einen rassistischen Wahlkampf geführt haben, doch Gehör finden. Gerade weil sie sich als Bürgerbewegung tarnen, können sie viel unverhohlener Stimmen fangen. Über die NPD hört man oft: »Die kann man ja nicht wählen, das sind Rassisten und Nationalsozialisten.« Aber bei einer »Bürgerbewegung« wie pro NRW können

Stigmatisierungen transportiert werden, deswegen bekommen sie viele Stimmen. Beruhigend ist, dass insgesamt in ganz Nordrhein-Westfalen nur 1,4 Prozent darauf reingefallen sind. Aber bei uns, wo vor zwei Jahren die DITIB Moschee eingeweiht wurde, lässt sich leicht Stimmung machen. Wir müssen der Tatsache sehr klar ins Auge sehen, dass alle Merkmale von rassistischer Stimmungsmache vorhanden sind. Wir können darüber reden, worin der Unterschied zwischen Antiislamismus und Antisemitismus besteht. Das kann man nicht über einen Kamm scheren. Aber man muss klar benennen, dass beides Rassismus ist.

Ich bin froh, dass wir als Landeskirche zusammen mit den Bistümern klar Position bezogen haben: Die Positionen von pro NRW sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie können sich vorstellen, dass es unter den 4,6 Prozent auch viele evangelische Gemeindeglieder gibt. Mit denen müssen wir reden, dass es kein Wenn und Aber gibt – diese Stigmatisierung von Gruppen ist unvereinbar mit dem christlichen Glauben. Momentan ist es der Islam, sind es die Muslime, die stigmatisiert werden sollen – das kann nicht akzeptiert werden.

Nicole Gohlke: Wir erleben in Europa eine Verbotsunkultur: das Minarettverbot, das Verschleierungsverbot. Im Jahr 2009 ist es zu dem schlimmsten aller Fälle, der Ermordung einer Muslima gekommen. Was löst das in den muslimischen Gemeinden aus? Und wie wird die Verbotsdiskussion empfunden?

Aiman Mazyek: Spätestens seit dem islamfeindlichen Mord an Marwa El Sherbini ist unserer Gesellschaft ein Stück weit klar geworden, dass Islamfeindlichkeit ein Phänomen ist, das gefährlich ist, das wir nicht verharmlosen dürfen, und das auf die politische Agenda gehört.

Muslimen spüren die Islamfeindlichkeit strukturell schon viel früher. Bei der Suche nach Wohnungen oder Arbeit oder beim Behördengang ist das deutlich zu erkennen. Der sogenannte Alltagsrassismus, der ihnen entgegenschlägt, ist Alltag. Dazu zähle ich nicht so signifikante Erscheinungen, wie zum Beispiel, dass letzten Freitag eine Moschee in Baden-Württemberg mit

Hakenkreuzen beschmiert und mit Steinen beworfen wurde. Das ist nur die Spitze des Eisberges.

Der Mord drückt eine Art Höhepunkt aus, darunter ist viel mehr vorzufinden. Wir haben in unserer Gesellschaft nach den schrecklichen Ereignissen von Dresden aber auch eine Art Verdrängungsmechanismus zu beobachten. Das Thema Islamfeindlichkeit gelangt kaum auf die politische Agenda und es ist wichtig, dass Personen des öffentlichen Lebens und Menschen, die kraft ihrer Autorität Bekenntnischarakter haben, sagen: »Schluss jetzt! Wir müssen uns solidarisch als Menschen stellen!« Und ich bin dankbar, es ist ermutigend, dass der Zentralrat der Juden und auch der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan J. Kramer, so schnell reagiert haben.

Wir sind alle Menschen. Wir haben verstanden, dass Islamfeindlichkeit nicht etwas ist, das fern der Diskussion von Rassismus und Chauvinismus ist. Es ist eine Form von Menschenverachtung und Nihilismus. Das folgt der Logik: »Ich bin besser.« Da haben unsere jüdischen Freunde eine hohe Sensibilität. Dies ist eine Solidarität nicht nur mit den Muslimen, sondern mit unserer Gesellschaft und ihren Normen und Werten im Allgemeinen.

Rassismus hat viele Facetten, und Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind nicht völlig zu vergleichen, aber er gehört zu den menschenverachtenden Haltungen und deshalb müssen alle Demokraten zusammenstehen.

Leider bin ich sehr enttäuscht, dass vonseiten der Politik und auch von den Repräsentanten der Regierung so wenig Solidarität mit den Werten der Gesellschaft und mit uns Muslimen als Betroffenen zu erfahren ist. Wir haben das im Zusammenhang mit der Islamkonferenz erlebt. Uns wird immer unterstellt, dass wir Islamfeindlichkeit als Lobbythema hervorbringen, um auf uns aufmerksam zu machen und etwas einzuklagen. Da können unsere jüdischen Freunde ein Lied von singen. Bei den jüdischen Freunden traut man sich aber nicht, das so deutlich zu sagen.

Aber Islamfeindlichkeit ist ein Fakt. Die wissenschaftlichen Untersuchungen sprechen Bände. Sie zeigen, dass Islamfeindlichkeit zunimmt. Sie gehört zu den am schnellsten wachsenden

Rassismen. Warum wird das nicht auf die Agenda gesetzt, warum wird das Thema nicht angegangen?

Nicole Gohlke: Ich schließe mich der Danksagung an. Herr Kramer, was hat Sie sofort auf den Mord von Dresden reagieren lassen? Teilen Sie die Einschätzung, dass Islamfeindlichkeit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht? Gibt es Parallelen zum Antisemitismus?

Stephan J. Kramer: Ich möchte den Dank an DIE LINKE zurückgeben, dass sie das Thema Islamfeindlichkeit aufgegriffen hat. Die anderen Parteien haben das Thema nicht aufgegriffen, beziehungsweise sich nicht getraut, das Thema aufzugreifen. Das ist beschämend.

Die Bundeskanzlerin hat vor zwei Tagen ein ganzseitiges Interview in der Süddeutschen Zeitung über Antisemitismus gegeben. In der Überschrift steht »Kanzlerin verurteilt Islamfeindlichkeit«, dann sucht man das Zitat und findet letztendlich allenfalls, dass sie Islamfeindlichkeit relativiert.

In der öffentlichen Debatte ist man ständig bemüht, die Islamfeindlichkeit kleinzureden oder wegzureden – wie auch mein »Freund« Henryk M. Broder, der ja schön schreibt, wenn auch leider nicht selten unterhalb der Gürtellinie argumentierend. Wenn ich mit muslimischen Verbänden bzw. deren Repräsentanten rede, dann kommen Muslime und Muslime auf mich zu und sagen: »Ja, ich habe Angst in der Gesellschaft. Wegen meines Kopftuches, meines südländischen Aussehens oder meines muslimischen Namens.« Wir sind in dieser Gesellschaft schnell mit Ablehnung konfrontiert, zum Beispiel in Behörden oder auch draußen in der Gesellschaft. Das Thema Islamfeindlichkeit ist keine Geisterdebatte, sondern Alltagserfahrung für Muslime in Deutschland. Das müssen wir offen diskutieren, ohne uns Denkverbote aufzuerlegen oder auferlegen zu lassen.

Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind selbstverständlich nicht identisch, aber es muss erlaubt sein, beides miteinander zu vergleichen. Insbesondere, weil die Mechanismen in der Gesellschaft, die zur Islamfeindlichkeit führen, in manchen Bereichen

denen des Antisemitismus gleichen. Beides ist Menschenfeindlichkeit, beides beruht auf Vorurteilen und auf Stereotypen in einer Gesellschaft, die Minderheiten stigmatisiert und ausgrenzt.

Wir haben noch keine Rezepte, wie man das abschaffen kann. Ignatz Bubis sel. A. antwortete ziemlich direkt auf die Frage, wie man Antisemitismus am besten bekämpfen könne, etwas schodderig: »Die beste Methode ist, einen Juden zu kennen.« Ich sage dazu: Man muss aber den richtigen Juden kennen, denn wenn Sie den falschen kennen, werden Sie erst recht zum Antisemiten.

Zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten bezeichnen in jüngsten Umfragen den Islam als eine grundsätzlich gewalttätige Religion. Nun muss man sich allerdings derartige Umfragen genau anschauen, hierzu gehört die exakte Fragestellung oder was zum Beispiel am Vorabend im Fernsehen gelaufen ist. Aber selbst diese Effekte einbezogen, kommt man nicht umhin festzustellen, dass ein großer Teil der Bevölkerung den Islam für eine gewalttätige Religion hält – ich behaupte, ohne von dieser Religion etwas zu wissen. Das ist dasselbe wie beim Judentum.

Die Leute reden alle darüber, nur wenn es um die Essenz geht, »Was ist Judentum?«, wissen sie oftmals wenig darüber. Man könnte neue Schulfächer einführen, »Judentum« zweimal die Woche, »Islam« dreimal die Woche, aber das ist natürlich keine Lösung.

In der Auseinandersetzung um die Äußerungen von Thilo Sarrazin ging es mir in der Debatte nicht nur um die »Gemüse- und Obsthändler« türkischen Ursprungs und die »Kopftuchmädchen produzierenden Gebärmaschinen«. Es ging zum Beispiel auch einfach darum, dass Alleinerziehende als Produzenten der Unterschicht dargestellt und diffamiert werden.

Wo kommen wir da hin? Das ist Rassismus pur und muss auch so benannt werden. Die Sprache ist die gleiche wie damals. Ich kann Ihnen seitenlange Briefe von Sprachwissenschaftlern zeigen, die mir das dankenswerter Weise »auseinandergedröselte«, sprich wissenschaftlich fundiert analysiert haben.

Die Äußerungen von Thilo Sarrazin waren perfide, infam und volksverhetzend. Und wer dessen Texte gelesen hat, konnte sich

nur an die »Untermenschen-Terminologie« der Nazis erinnert fühlen. Dennoch blieb die öffentliche Empörung über dessen unerträgliche Ausführungen völlig aus, auch deshalb habe ich in meinem Interview mit der Analogie zum Nationalsozialismus provoziert. Das war in Bezug auf Dresden und dem Mord an Marwa El-Sherbini ähnlich. Wir wollen ehrlich sein, Aiman, du und ich, wir haben gemeinsam beraten, was können wir tun? Es war uns ein Anliegen, ein deutliches Signal zu senden, das lautete: Muslime und Juden bringen sich nicht gegenseitig um oder beschimpfen sich, sondern wir arbeiten auch zusammen, was nicht heißt, dass wir in allen Punkten übereinstimmen.

Wir reden hier nicht nur über Deutschland, sondern auch über Europa. Wir haben die Schweiz, die Niederlande, Wilders, in Belgien das Gesetz, dass Niqab und Kopftuch verboten werden soll. Nicht dass Sie mich falsch verstehen, ich bin auch für Gleichheit und Frauenrechte. Aber sind Verbote hier der richtige Weg? Wenn die Frauenrechte als oftmals vorgeschobenes Argument nicht mehr ziehen, kommt das Sicherheitsproblem. Da frage ich gern spöttisch: Wie kommen denn andere Länder damit klar? Vielleicht sollte man dann muslimische Polizistinnen anstellen, die sich die Frauen unter dem Schleier angucken können.

Was will man mit so einem Verbot erreichen? Schauen Sie sich Brüssel an, wo es im europäischen Vergleich relativ viele Muslima gibt. Bis Sie allerdings Muslima finden, die einen Niqab tragen, müssen Sie schon richtig lange suchen. Dennoch hat man ein Gesetz gemacht, frei nach dem Motto: »Wir reden jetzt mal Tacheles und zeigen, wer der Herr im Hause ist.« Es handelt sich um eine Scheindebatte, die von Unvermögen und den eigenen Problemen ablenkt. Das ist die Pluralität in unserem heutigen Europa.

Religionsfreiheit heißt: Wenn sich jemand ein Piercing durch die Nase zieht und ein Kreuz dranhängen will, ist das sein gutes Recht und man kann ihm das nicht verbieten. Aber ich will auch nicht, dass man mir verbietet, meine Kippa aufzusetzen. Letzte Woche habe ich eine Debatte mit der religionspolitischen Sprecherin einer Partei geführt. Ich habe gesagt: Ich habe nichts gegen das Kreuzifix, aber was soll das in einem Klassenzimmer?

Ich möchte nicht, dass mein Kind in einem Klassenzimmer unterrichtet wird, wo ausschließlich das Kreuz hängt.

Ihr habt die Kopftücher jetzt verboten, aber keiner traut sich zum Beispiel, die gleiche Debatte mit ultraorthodoxen Jüdinnen anzufangen: Frauen, die sich den Kopf rasieren und Perücken tragen müssen.

Die Bundeskanzlerin war in Jerusalem nicht begeistert davon, dass die beiden Oberrabbiner ihr beim Staatsempfang nicht die Hand gegeben haben. Darüber spricht allerdings keiner. Und es spricht auch keiner in konservativ-liberalen Kreisen davon, dass Teile der katholischen Kirche ein ganz besonderes Frauenbild haben, um das mal vorsichtig auszudrücken. Wenn, dann kritisiert bitte alle und nicht nur die eine Gruppe, sonst kriegt das einen ganz komischen Beigeschmack. Wenn schon Befreiung der Frau, entschuldigt die saloppe Formulierung, dann bitte soll das für alle gelten, und nicht nur für eine Gruppe, weil das gerade so schön in die politische Strategie interessierter Kreise passt.

Nicole Gohlke: DIE LINKE will sich dieses Themas annehmen. In welchen Kontext setzen Sie die Islamfeindlichkeit? Was ist aus politischer Sicht die Ursache für diese ansteigende Islamfeindlichkeit?

Christine Buchholz: Es gibt eine Diskussion darüber, ob es sich bei der Islamfeindlichkeit um Rassismus handelt. Ich finde es wichtig festzustellen: Islamfeindlichkeit ist eine Form des Rassismus, weil es eine Zuschreibung von bestimmten, quasi natürlichen Eigenschaften zu einer definierten Gruppe gibt. Das hat man im 19. Jahrhundert vor allem an der Hautfarbe festgemacht. Heute gibt es das Phänomen, das Rassismus nicht biologisch begründet, sondern an der Kultur oder Religionszugehörigkeit festgemacht wird. Eine angenommene Gruppe wird in Kollektivhaft genommen, ihr werden negative Zuschreibungen gemacht. 80 Prozent der Befragten in Deutschland verbinden den Islam mit Terrorismus oder Frauenunterdrückung.

Wie funktioniert so etwas? Die Stichwortgeber kommen vom rechten Rand. Pro NRW, die NPD oder auch der hessische

CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer, der den Wetzlarkurier herausgibt, in dem er regelmäßig offen rassistisches Gedankengut verbreitet. Schlagzeilen sind beispielsweise: »Islamischer Religionsunterricht ist das Einfallstor für Fundamentalisten«, »Für Europa gegen Eurabien«, »Siegeszug des Islam über die Kreiße Säle«, »Die Moscheen sind unsere Kasernen – Islamisten erheben Weltherrschaftsanspruch«. Dieser Wetzlarkurier geht in 100 000er Auflage in jeden Haushalt in Wetzlar.

Diese Stichworte werden dann aufgenommen und weitergegeben von Leuten wie Thilo Sarrazin. Er hat gesagt: »Die Türken erobern Deutschland genauso wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate.« Die »schleichende Überfremdung« ist ein Bild, das geschaffen wird.

An anderer Stelle »Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt.« – das impliziert fälschlicherweise, dass Muslime diesen Staat ablehnen – »...für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt...« – auch eine Unterstellung – »...und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.«

Dieses Zitat des SPD-Mitglieds und Bundesbankvorstands wird von Tätern wie dem Mörder von Marwa El Sherbini aufgenommen, der argumentiert hat, dass er sie nicht nur getötet habe, weil sie ihn als Deutschen wegen ihres Kopftuches »beleidigt« habe. Er schreibt in einem Brief: »Allerdings gibt es eine islamische Gebärmaschine weniger.«

Hieran sieht man: Dieser Mord ist die praktische Umsetzung der geistigen Brandstiftung von Irmer, Sarrazin und anderen. Das ist ein klassischer rassistischer Mechanismus.

Es ist spannend, mal zu sehen, wie »die Muslime« denn zu bestimmten Fragen stehen. Vom Heidelberger Institut Sinus Sociovision gibt es folgende Studie: 84 Prozent der jüngst von Sinus befragten Migranten in Deutschland, darunter auch Muslime, bekennen sich zur Trennung von Staat und Religion. Nur 7 Prozent sind einem ländlichen, traditionell-religiösen Milieu zuzuordnen. 98 Prozent der Befragten wählen ihre Ehepartner

selber. 83 Prozent leben gerne in Deutschland. Diese Aussagen sind völlig konträr zu dem, was Irmer und Sarrazin behaupten.

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge herausgegebene Studie über muslimisches Leben in Deutschland deckt auf, dass 80 Prozent eigene Einkommensquellen haben: Lohn, Gehalt oder Einkommen aus Selbständigkeit. Das ist also ein Gegenbeweis für das, was Sarrazin behauptet.

Selbst die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt fest: Junge Musliminnen mit Kopftuch sind aufstiegsorientierter als deutsche Frauen insgesamt.

Das ist ein interessanter Aspekt in der Diskussion: Wenn die türkische Putzfrau Kopftuch trägt, ist das o.k., aber wenn die junge Muslimin Lehrerin werden will, wird sie zur Konkurrenz für bürgerlich-liberale Milieus, die sich selbst für so fortschrittlich halten.

Das zeigt, dass es sich bei der Islamfeindlichkeit also um Rassismus handelt. Die Zuschreibungen haben mit der Realität nichts zu tun. Das zeigen nicht nur persönliche Erfahrungen, die ich und viele andere hier haben, das zeigen auch die Umfragen.

Zu der Frage nach dem Kontext: Das Feindbild gibt es schon lange, es ist verstärkt in den 90ern zum Thema geworden, nach dem Zerfall der Sowjetunion, als es um die Neuordnung der Welt ging. Es gab das berühmt-berüchtigte Buch von Samuel P. Huntington, der die islamische Weltverschwörung herbeigeredet hat.

Das ist übrigens auch eine Parallele zum Judentum, dem die Weltverschwörung vorgeworfen wurde. Konkret erfahrbar wurde antimuslimischer Rassismus nach dem 11. September 2001 als Legitimation für den Krieg gegen den Terror. Mit den Muslimen hat man das passende Feindbild gefunden.

Aber man kann es nicht darauf reduzieren: In Zeiten der Krise und sozialer Verunsicherung wird nach Mechanismen gesucht, um die Gesellschaft zu spalten und von eigenen Problemen abzulenken. Bei der Westerwelle-Debatte war ich fast froh, dass Westerwelle nicht auch noch auf die Idee gekommen ist, die Muslime zusätzlich zu beschuldigen. Wenn es eine rassistisch aufgeladene Kampagne gegeben hätte, hätte das zu einer ganz

anderen Dimension von Debatte und auch weiteren schrecklichen Taten geführt.

In Italien, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern konnten wir sehen, wie es Hetze gegen Roma gibt und es immer wieder zu Übergriffen auf Roma kommt. In einer Gesellschaft, in der die Krise immer wieder die Lebensgrundlage breiter Bevölkerungsschichten unterminiert, funktionieren solche Spaltungsmechanismen hervorragend. Und von daher gibt es Islamfeindlichkeit in Ecken, wo es keine Muslime gibt und sich die Vorurteile einfach verfangen.

Aber es gibt auch Stadtteile, in denen es sehr große Probleme gibt zwischen der alten, eingesessenen Bevölkerung und den Migranten. Aiman Mazyek hat auf den Alltagsrassismus hingewiesen, dass es zum Beispiel schwer ist, mit einem türkischen oder arabischen Namen einen Job oder eine Wohnung zu finden. In der Krise hat der Rassismus eine Funktion, die letztendlich denjenigen, die von der Krise profitieren, hilft, von den Ursachen der Krise abzulenken. Das ist die Kernfunktion von Rassismus in der Gesellschaft.

Nicole Gohlke: Nun ist das Burkaverbot in der aktuellen Debatte, und Herr Kramer hat ja schon darauf hingewiesen, dass es eine Ungleichbehandlung von Religionen gibt. Herr Nikodemus, wie reagieren Sie auf die Debatte um das Kreuzifix oder das Verbot der Verschleierung?

Rafael Nikodemus: Wir befinden uns in dieser Gesellschaft in einem Wandlungsprozess, in dem eine Religionsgemeinschaft, die viele Menschen umfasst, hier heimisch wird. Das bringt zu Recht das ganze gesellschaftliche Gefüge zur Veränderung. Was mich an der Integrationsdebatte maßlos stört, ist, dass die Mehrheitsgesellschaft sagt: »Die müssen sich in unsere Gesellschaft einfügen!« – im Sinne von Assimilierung. Integration meint dagegen einen Prozess, der alle Seiten beansprucht. Die Gesellschaft sieht am Ende des Prozesses anders aus. Alle, die Christinnen und Christen, die Atheisten und Muslime werden am Ende anders sein. Das wollen viele nicht wahrhaben, und da werden viele alte Zöpfe mit in die neue Zeit hinübergerettet.

Das gilt auch für die Frage der Gleichbehandlung religiöser Symbole. Das Kruzifixurteil des Bundesverfassungsgerichtes hat 1995 eine klare Marschrichtung vorgegeben. Es hat theologisch argumentiert: »Wenn Ihr als Kirchen das Kreuz ernst nehmt, könnt Ihr nicht sagen, ›Das ist ein Kulturgut, das gehört einfach dazu.« Ich finde, die Richter haben theologisch Recht.

Mich nervt es, dass bis in die Spitzen aller Konfessionen, das Kreuz nicht in seiner religiösen Dimension ernstgenommen wird, sondern zum Kulturgut herabgesetzt wird. Wenn ich es ernst nehme, stellt sich die Frage: Wie gehe ich mit anderen religiösen Symbolen um? Das kann man jetzt am Kreuz, an der Mönchskutte, an der Kippa oder an Kopftüchern durchspielen.

Das Bundesverfassungsgericht hat klar gesagt, dass es eine Gleichbehandlung religiöser Symbole geben muss. Und es kann nicht sein, auch wenn da die Länderverfassungen unterschiedlich sind, dass eine bestimmte Religion favorisiert wird, andere Religionen außen vor gehalten werden.

Insgesamt müssen wir uns mit muslimischen Organisationen und jüdischen Gemeinden zusammentun, um dafür zu sorgen, dass Religion einen Platz im öffentlichen Raum behält. Wir erleben momentan den Prozess, dass Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird. Das ist etwas, das mit unserer Verfassungswirklichkeit nichts zu tun hat. Denn die Verfassung billigt den Religionen einen sehr hohen Stellenwert im gesellschaftlichen Leben und in der Öffentlichkeit zu. Und das hat auch seine guten Gründe.

Aiman Mazyek: Und der Grund dafür ist, dass Religionen wertgebend sind. Das macht nicht der Staat. Diese Werte und Normen sind der Kitt, der die Gesellschaft zusammen hält. Das ist nur möglich, wenn sich Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften frei entfalten können. Dieser Wettbewerb muss gewährleistet werden.

Solche Stellvertreterkriege auf dem Rücken der Muslime treffen auch andere – auch die, die meinen, nicht betroffen zu sein. Zum Beispiel die Sicherheitsdebatte, die Einschränkung der Bürgerrechte – das trifft auch andere. Wir haben Gesetzen zugestimmt,

von denen wir meinten, es ginge um Muslime, aber es betraf uns alle als Bürger. Wenn wir zulassen, dass alles nur als Opfergehab der Muslime gesehen wird, lassen wir auch zu, dass Juden und Religion allgemein diskriminiert werden.

Wenn wir meinen, dass wir einen anderen Staat wollen, in dem es nicht wie im Grundgesetz zugeht, dann soll man das beim Namen nennen und sich nicht an den Muslimen abarbeiten, weil es da am einfachsten ist, weil deren Lobby am schwächsten ist. Und ich rufe die christlichen Kirchen auf, das so, wie ich es hier bei Ihnen, Herr Nikodemus, offen und aufrichtig höre, auch auszusprechen.

Nehmen wir die Aussage der niedersächsischen Ministerin Özkan. Dass sie ihre Aussage zu den Kruzifixen aufgrund des Druckes der Union zurücknehmen musste, die sich ausschließlich nur darüber aufgeregt hat, obgleich sie es auch gegenüber dem Kopftuch verlangte: Das nenne ich Doppelmoral.

Ich hätte erwartet, dass die Kirchen sich deutlicher positionieren. Ein Motiv der Union war es, mangels einer eigenen Identität auf christliche Symbole zurückzugreifen und sie als Kulturmasse zu nehmen, wo sie doch eigentlich ein religiöses Bekenntnis darstellen.

Deshalb muss man doch froh sein, wenn ein jüdischer Rabbiner stolz mit der Kippa durch die Straßen geht. Da muss man doch froh sein, wenn der sich zu etwas bekennt, oder auch eine Muslima oder ein Christ. Die Diskussion ist so widersprüchlich. Da muss mal etwas Luft durch die Räume gelassen werden. Da kann jeder etwas zu beitragen.

***Nicole Gohlke: Meine Frage an die Frau in der Runde:
Wie sehen Sie als Atheistin und Sozialistin die Frage
des Burkaverbots? Ist das Burkaverbot ein Fortschritt
oder ein Rückschritt im Kampf um Frauenrechte?***

Christine Buchholz: Es ist ein absoluter Fehlglaube, dass die muslimischen Frauen mehr oder weniger emanzipiert sind als andere Frauen. Wer sagt denn überhaupt, dass das Kopftuch an sich als Unterdrückung empfunden wird? Es gibt beide Fälle:

Es gibt die Frauen, die bewusst und selbstbewusst auch gegen den erklärten Willen ihrer Eltern das Kopftuch tragen und es gibt die, die dazu gezwungen werden. Das gilt genauso für Verhaltensweisen von nichtmuslimischen jungen Frauen in Deutschland.

Es muss grundsätzlich klar sein, dass ein Verbot gar nichts bewirkt. Weder beim Kopftuch, noch bei der Burka. Reden wir über die Burka konkret: Eine Burka tragende Frau in Belgien soll jetzt für sieben Tagen ins Gefängnis oder eine Geldstrafe von 25 bis 250 Euro an die Kommune zahlen. Was heißt das? Für die Frauen, die die Burka freiwillig tragen, ist es eine elementare Beschneidung ihrer Persönlichkeitsrechte. Denn: Warum soll ich nicht eine Burka tragen können?

Für die Frauen, die gezwungen sind die Burka zu tragen, bedeutet das Verbot, dass sie keine Chance haben, das Haus zu verlassen, arbeiten zu gehen oder eine Hilfseinrichtung oder ein Frauenhaus aufsuchen zu können. Das Burkaverbot hilft weder den Frauen, die die Burka freiwillig, noch denen, die sie unfreiwillig tragen. Es verschlechtert die Situation für beide. Die einzigen, die davon profitieren, sind die, die mit der Burka als Symbol die Rückständigkeit des Islam anprangern.

Wenn jetzt in Deutschland eine Diskussion angeleiert wird über ein Burkaverbot – und es gibt nur ganz wenige Burkaträgerinnen in Deutschland – ist das eine ganz absurde Gespensterdebatte, die eigentlich eine ganz, ganz andere Funktion hat.

Deshalb muss sich DIE LINKE klar positionieren. Das gilt auch für das Kopftuchverbot. Da stimme ich Frau Özkan in einem Punkt auch nicht zu: Es ist etwas anderes, ob in einem Klassenraum ein Kreuzifix an der Wand hängt und alle darunter Unterricht machen müssen oder ob eine Schülerin ein Kopftuch trägt.

Das Kopftuch ist Ausdruck des persönlichen Glaubens. Das ist das Recht der Frauen. Ich bin persönlich gegen jedes Kopftuchverbot an Schulen, im Öffentlichen Dienst und anderswo, weil auch das nur die Rechte und Möglichkeiten von muslimischen Frauen beschränkt. Ich habe mich vor sechs Jahren an einer Kampagne gegen das Kopftuchverbot beteiligt und in dem Zusammenhang viel mit jungen Musliminnen zu tun gehabt.

Einige von ihnen wollten Juristinnen werden und standen vor der Entscheidung: Entweder ich kann mein Referendariat machen und meinen Beruf ausüben, muss aber etwas ablegen, was Teil meiner Identität und meines Glaubens ist, oder ich verzichte auf meinen Beruf. Und das ist ja nun nicht das, was Frauenrechtlerinnen wollen können. In diesem Punkt bin ich ganz entschieden, dass Verbote letztendlich den Islamfeinden, den Rassisten dienen, auch wenn die, die diese Verbote unterstützen, nicht alle diese Motive haben.

Da sehe ich auch bei der Partei DIE LINKE Diskussionsbedarf, weil die falsch verstandene Fürsorge für die muslimischen Frauen doch bei einigen verankert ist.

Nicole Gohlke: Herr Kramer, wie stellt sich Ihnen die Frage der Gleichbehandlung der Religionen im öffentlichen Raum dar? Gibt es bei den drei großen Religionen nicht erhebliche Unterschiede?

Stephan J. Kramer: Schwieriges Thema. Beim Verhältnis der Religionen zueinander fallen mir aktuell die Piusbruderschaft und die tridentinische Messe ein. In der katholischen Kirche ist alles beim Alten, trotz Vatikanischem Konzil und auch, wenn immer beteuert wird, dass das Rad nicht zurückgedreht wird. Offensichtlich haben wir hier ein Wahrnehmungsproblem – behauptet man jedenfalls auf katholischer Seite.

Mit den Protestanten haben wir in der Regel weniger Probleme, abgesehen von einigen Missionswerken, die meinen, dass wir Juden immer noch nicht verstanden haben, dass der Messias schon da gewesen sei. Aber die Protestanten sind da in der großen Mehrheit etwas feinfühlicher im Umgang mit uns. Da herrscht ein anderes Verständnis. Lange Rede, kurzer Sinn: Untereinander gibt es durchaus Differenzen und Probleme.

Mir und meinem Freund Aiman Mazyek fällt immer wieder auf, dass wir Juden und Muslime von unseren christlichen Glaubensbrüdern und Schwestern stets gern mit einem paternalistischen Habitus und vermeintlich großherzig-wohlmeinend dazu aufgefordert werden, zusammenzukommen und uns gern zu haben. Das Verrückte ist, dass wir uns viel enger und näher sind, als es

manchem lieb ist. Und das führt dann in manchen Gesprächsrunden zu Überraschungen. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sollten alle gemeinsam weniger übereinander, sondern mehr miteinander sprechen.

Zum Thema Religion in der Öffentlichkeit – da muss ich doch etwas Salz in die Suppe streuen. Thomas Jefferson sagte mal: »Mir entsteht kein Schaden, wenn mein Nachbar sagt, dass es zwanzig Götter gibt oder gar keinen.« Oder einfacher formuliert: Jeder soll nach seiner Façon glücklich werden. Für mich ist die Religion Privatsache. Nur so können wir uns als Juden, Christen, Muslime, Buddhisten und Atheisten in dieser Gesellschaft respektieren, ohne einander zu dominieren oder gar zu missionieren. Auch wenn das nicht heißen muss, dass alle religiösen Symbole, Theorien und Grundwerte aus der Öffentlichkeit verbannt sind oder werden sollten.

Die Frage ist doch: Wie stellt sich der Staat als Institution zur Religion? Wir kommen nicht weiter, wenn gefordert wird, dass alle religiösen Symbole nebeneinander hängen. Aber ich frage Sie: Wer definiert, was da hängen soll? Was ist mit denen, die nicht glauben? Machen wir uns nichts vor: Die große Mehrheit ist nicht gläubig oder glaubt in einer ganz anderen Form. Wer sind wir? Warum sollen wir, als religiöse oder gläubige Menschen, den anderen Menschen etwas vorschreiben, nur weil wir uns ausnahmsweise untereinander einig sind?

Ich bin der Meinung, dass man auf religiöse Symbole im öffentlichen Raum verzichten sollte. Ich bin aber zugleich sehr dafür, dass es Religions- und Ethikunterricht gibt, in dem die verschiedenen Religionen den Schülerinnen und Schülern inhaltlich fundiert erklärt werden, sodass Kinder und Jugendliche gegen ideologische Instrumentalisierung von Religionen gewappnet sind. Dann haben Überfremdungsängste und Ritualmordlegenden, wie beispielsweise dass die Muslime demnächst die Weltherrschaft übernehmen oder dass wir Juden zu Ostern das Blut von geschlachteten Christenkindern trinken, keine Chance mehr auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Das aktuelle Problem ist offensichtlich: Wir haben eine Identitätskrise. Das Wirtschaftswunder ist vorbei, die D-Mark ist weg und wir sind auch nicht Fußballweltmeister. Was bleibt uns?

CDU-Leute erklären mir gern in Hintergrundgesprächen: Europa ist auf ein christlich-jüdisches Fundament aufgebaut. Dennoch hat Ministerpräsident Wulff in alle Fernsehkameras vom christlichen Fundament Europas gesprochen. Da frage ich mich: Wo war denn da der jüdische Teil des Fundaments? Von dem muslimischen Part des Fundaments ganz zu schweigen, der übrigens nicht zu unterschätzen ist. Die Perser haben schon Mathematik gelehrt und Schach gespielt, da hockten die Germanen noch auf den Bäumen.

Wir wissen aus der Geschichte, wohin es führt, wenn man als Minderheit trotz aller Bemühungen nicht als Teil des Ganzen, als gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft angenommen wird. Auch wenn man sich momentan an den Muslimen »abarbeitet«, betrifft diese Form des Umgangs mit Minderheiten auch uns Juden. Wir haben jetzt eine Debatte um das Verbot der Kaschrut, des Schächtens ohne Betäubung und auch um das Beschneidungsverbot. Hier zielte man zunächst auf die Muslime, aber jetzt haben auch wir Juden Probleme, weil nach jüdischem Glauben der Bund mit Gott geschlossen wird, indem der Knabe am siebten Tag beschnitten wird, soweit keine medizinischen Gründe dagegen sprechen. Es gibt schon jetzt Bestrebungen deutscher Staatsanwälte, die Beschneidung unter Strafe zu stellen und die religiöse Rechtfertigung nicht gelten zu lassen.

Die Debatte hierzu läuft. Da geht es nicht um das Kind und darum, Schmerzen zu ersparen. Es geht darum, Exempel zu statuieren: Burka, Kopftuch, Berufszulassungen, Beschneidung und andere. Wir haben eine riesige Identitätskrise in unserer Gesellschaft und Religionsgemeinschaften werden dazu missbraucht, Identität zu stiften – und einige lassen sich auch gerne dazu missbrauchen – um sozusagen zu einer »Generalidentitätsstiftung« zu werden. Da sage ich: Vorsicht!

Wir Religionsgemeinschaften steuern einen Großteil der Werte dieser Gesellschaft bei, aber wir sind als Religionsgemeinschaften nicht die einzigen, die das tun. Es gibt weitere Teile der Bevölkerung, die genauso eine Daseinsberechtigung haben. Wer sind wir, dass wir meinen, die Menschen sollen sich einer Religion unterordnen?

Nicole Gohlke: Was sind Ihre Anforderungen an Staat und Gesellschaft, um der Islamfeindlichkeit und den unterschiedlichen Rassismen zu begegnen? Gestern haben Sie mitgeteilt, dass Sie an der Deutschen Islamkonferenz (DIK) nicht teilnehmen, unter anderem weil das Thema Islamfeindlichkeit keine Beachtung gefunden hat. Was sind die Forderungen des Zentralrats der Muslime?

Aiman Mazyek: Nur um zu versinnbildlichen, was wir für Bauchschmerzen haben: Die Deutsche Islamkonferenz I (DIK I) war ein sehr guter und wichtiger Schritt, den der damalige Innenminister Schäuble ins Leben gerufen hat. Endlich sprach der Staat mit den Muslimen, nicht über sie. Unsere gute Erziehung und unser staatsbürgerliches Engagement trugen dazu bei, dass wir teilnahmen, auch wenn es konzeptionelle Mängel gab.

In der DIK II bleiben wir stehen und fallen gar zurück hinter die DIK I, konzeptionell und strukturell. Es gibt kein Mitspracherecht, keine Evaluation dessen, was wir gemacht haben und was zu verbessern ist.

Vorher war die DIK im Bereich Grundsatz und Religion des Innenministeriums angesiedelt. Da gehört sie auch hin. Jetzt ist die DIK im Bereich »Ausländer« untergebracht. Der Islam ist aber kein Ausländerthema, sondern ein Thema, das stattdessen unter dem Religionsverfassungsrecht abgearbeitet werden muss.

Wir haben vorgeschlagen, eine AG auch mit Ländervertretern innerhalb des Korsetts des Bundesministeriums einzurichten, wie wir strukturell auf die Anerkennung des Islams hinarbeiten können. Wir sind daran gescheitert, weil das Innenministerium in dieser selbstverständlichen Forderung keinen Millimeter auf uns zugegangen ist. Das Thema Islamfeindlichkeit war ein Unterpunkt unter Extremismus und Prävention. Diese Relativierung war nichts Neues für uns, auch wenn es für uns nicht der Hauptpunkt war.

Der Islamrat mit über 300 Moscheegemeinden wurde aus der Islamkonferenz rausgekickt, mit der fragwürdigen Begründung, dass einigen Mitgliedern Steuerbetrug vorgeworfen wurde. Es wäre besser, wenn mit dem Rat gesprochen wird und nicht mit den einzelnen Vertretern! Aber auch hier gab es null Entgegen-

kommen. So waren wir gezwungen zu sagen, »Dann macht es eben ohne uns!«. Die anderen Verbände waren sich mit uns einig in der Kritik, sagten aber dennoch: »Wir müssen da mitmachen, auch wenn wir uns in der Kritik einig sind.«

Man kann die Kräfte anderswo besser einsetzen; wir werden in die parlamentarische Opposition gehen, wir werden genau beobachten, was da passiert und uns konstruktiv-kritisch einbringen. Wenn sich etwas positiv ändert, sind wir selbstverständlich dabei. Wir haben noch nicht die Türen zugeschlagen.

Nicole Gohlke: Herr Kramer, was für Anforderungen stellen Sie an Staat und Gesellschaft, um Antisemitismus und Islamfeindlichkeit entgegenzutreten, was muss politisch passieren?

Stephan J. Kramer: Wir sollten uns vergewissern und gelegentlich daran erinnern, dass die Religionsgemeinschaften in Deutschland weitgehend friedlich miteinander leben. Das ist eine wichtige Erfolgsmeldung, die man nicht wegdiskutieren oder geringschätzen sollte. Das ist auch nicht das Verdienst der Politik, sondern dem Umstand geschuldet, dass die Religionsgemeinschaften miteinander reden und es uns trotz der Scharfschützen in den eigenen Reihen gelungen ist, gemeinsame Projekte anzuschieben.

Unsere Forderungen richten sich vor allem an den Bereich Bildung. Natürlich gibt es das Phänomen, dass das, was einem fremd ist, als Bedrohung wahrgenommen wird und Abwehrreaktionen hervorruft. Das Thema Bildung schließt auch die Frage nach der Identitätsbildung, jenseits von Wirtschaftswunder, Weltmeisterschaft und D-Mark ein. Was ich vermisse, ist eine ernst zu nehmende Debatte hierüber.

Alle waren in einem Zustand der Euphorie während der Fußballweltmeisterschaft 2006. Ich war privat mit der peinlichen Geschichte konfrontiert, dass meine beiden Töchter, damals vier und sechs Jahre alt, zu mir kamen und sagten: »Papa, wir wollen eine Deutschlandfahne an unserem Auto.« Ich gebe zu, dass dieser Wunsch bei uns zu Hause zunächst auf wenig Begeisterung stieß.

Dennoch: Wir brauchen diese Debatte. Leben in Deutschland oder Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft, das kann man nicht allein über Verfassungspatriotismus definieren. Das ist zu holzschnittartig. Die Politik sollte sich meiner Ansicht nach aus den inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften raushalten. Sie sollte aufhören, uns zu instrumentalisieren und uns zu erklären, wie wir uns zu verhalten haben oder was wir besser machen sollten. Sie sollte mehr Vertrauen haben.

Die Islamfeindlichkeit resultiert ein Stück weit aus dem Problem von Integration und Zuwanderung. Diese politische Frage ist seit Jahrzehnten nicht gelöst, das ist eine politische Bankrotterklärung. Zu lange hat man sich vor der Lösung einzelner Probleme gedrückt. Das Ergebnis der Süßmuth-Kommission, in der ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, den Zentralrat zu vertreten –, was nicht an Frau Professor Süßmuth gelegen hat, – das Ergebnis dieser Kommission war ein Zuwanderungsverhinderungsgesetz. Das hätte man einfacher haben können.

Wenn wir heute über die Probleme der Integration von jungen Muslimen reden, müssen wir auch über diejenigen sprechen, die einen Universitätsabschluss haben, die Deutsch besser sprechen als mancher Deutscher, ebenso wie darüber, dass sie trotz all dieser Anstrengungen keinen Job bekommen, weil sie einen muslimisch klingenden Nachnamen haben. Gleiches gilt auch für die Juden, die aus Osteuropa einwandern und oftmals hochqualifiziert sind und gut Deutsch sprechen.

Wobei wir eines nicht außer Acht lassen dürfen: Integration heißt eben nicht Assimilation! Wir müssen klar definieren, was wir wollen, was wir von den Leuten erwarten und dann müssen wir ihnen aber auch die Möglichkeit geben, dies zu erreichen. Man kann nicht wie zum Beispiel im Hinblick auf den Türkeibeitritt in die EU gleichsam die Wurst 40 Jahre lang immer ein Stück höher hängen.

Zudem müssen wir als »Alteingesessene« auch ein gutes Stück an unserer eigenen Ignoranz arbeiten. Wenn zum Beispiel in unseren eigenen, jüdischen Kreisen, führende Vertreter immer von den »russischen Juden« sprechen und damit völlig ignorieren, dass es sich hierbei zum Beispiel um ukrainische, baltische

und weißrussische Juden handelt. Eine solche Ignoranz ist für die Betroffenen völlig unerträglich, und sie sind zu Recht hierüber gekränkt und fühlen sich nicht als akzeptierter, gleichwertiger und geachteter Teil unserer jüdischen Gemeinschaft.

Wir müssen mit unterschiedlichen Zuwanderern unterschiedlich umgehen und können sie nicht einfach nur in denselben Deutschkurs stecken und denken, damit ist das Problem zufriedenstellend gelöst, sondern wir müssen überlegen, wie wir die Menschen dazu kriegen, sich als ein besonderer Teil unter Gleichen in dieser Gesellschaft zu begreifen und zugleich zu dieser Gesellschaft etwas beizutragen. Wenn wir das endlich tun, dann können wir eine ganze Menge der Probleme lösen, die wir symptomatisch am Beispiel Islamfeindlichkeit diskutiert haben.

Nicole Gohlke: Es gibt auch eine zivilgesellschaftliche Ebene im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus: Was sind Ihre Erfahrungen und Ansprüche, Herr Nikodemus?

Rafael Nikodemus: Das Entscheidende ist, vor Ort Begegnungen zu organisieren. Sie fallen nicht vom Himmel. Dort wo sich Menschen begegnen, lernen sie einander kennen, sprechen und feiern miteinander, lernen Konflikte miteinander zu lösen. Diese großen gesellschaftlichen Probleme spiegeln sich im Kleinen wider.

Was Herr Kramer in Bezug auf die Türkei gesagt hat, was die Anerkennung der islamischen Organisationen angeht, wird hier in Deutschland die Wurst immer wieder höher gehängt.

Man kann darüber streiten: Was sollen die Verbände tun, haben sie genug getan? Da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber es ist absolut untragbar, dass die Länder immer, wenn die Gemeinschaften davor waren – zack – die Latte ein Stück höher hängten. So können wir nicht miteinander umgehen. So setzt sich das fort bis vor Ort, dass sich die einen nicht willkommen fühlen in der Gesellschaft und nicht anerkannt werden. Von daher ist das eine Forderung an die Politik, endlich mit ehrlichen Karten zu spielen. Mit Blick auf die Islamkonferenz sind auch wirklich handwerkliche Fehler gemacht worden.

Ich kann mich sehr gut erinnern, als politischerseits von Leitkultur die Rede war, war der Widerspruch auch seitens der evangelischen Kirche sehr groß.

Was Sie eben beschrieben haben mit dem Beispiel von Ministerpräsident Wulff, wie das Christentum da immer vorgeschoben wird, die christlich-jüdischen Wurzeln... Wir müssen uns auch innerhalb der Kirche klar werden: Wollen wir die Instrumentalisierung zulassen oder nicht? Wollen wir zulassen, dass die Politik auf die Kirchen zurückgreift aus Gründen, die mit der Abwehr von bestimmten Religionen zu tun haben oder weil wir mit einer neuen Situation, dass wir uns multireligiöser aufstellen müssen, nicht klarkommen?

Ich würde mir sehr wünschen, dass unsere christlichen Vertreter sagen: Bitte redet so nicht mehr. Wir wollen nicht alte Privilegien in eine neue Zeit retten. Das wird nicht funktionieren.

Nicole Gohlke: Was sind Ihre Anforderungen an Politik? Was schlagen Sie als Aktivistin vor?

Christine Buchholz: Zum einen, was die Ebene des politischen Raums angeht, ist es wichtig, dass aus allen Parteien das Thema Islamfeindlichkeit genauso wie das Thema Antisemitismus pointiert ausgesprochen und die Funktion des antimuslimischen Rassismus für die neue Rechte aufgedeckt wird.

Wenn wir das nicht machen, gehen wir denen auf den Leim, die mit Islamfeindlichkeit eine Brücke vom rechten Rand ins respektable bürgerliche Lager schlagen wollen.

Es gibt eine interessante Aussage von Jürgen Gansel, NPD-Abgeordneter aus Sachsen: Er sagt, die NPD hat ein Problem, weil die Naziideologie verbrämt ist, aber: »Das Thema Islam bietet die Chance, in die Mitte der Gesellschaft reinzukommen.« Das ist ein Phänomen, das es in Österreich mit der FPÖ, in der Schweiz mit der SVP, in Belgien, Frankreich, Holland und anderswo gibt.

Islamfeindlichkeit ist also nicht »nur« menschenverachtend, sondern hat die Funktion für die extreme Rechte, in der Mitte der Gesellschaft anzukommen.

Islamfeindlichkeit muss zurückgewiesen werden. Das heißt auch, dies in Form von Mobilisierungen deutlich zu machen wie in Duisburg, wo pro NRW in Marxloh gegen die Moschee demonstrieren wollte; wie in Dresden, wo im Februar der größte europaweite Aufmarsch der Nazis gestoppt wurde.

Zum anderen muss auch DIE LINKE noch viel tun. Ich habe das Sarrazin-Zitat vorgelesen und seine Vorstellungen über die Integrationswilligkeit von türkischen und arabischen Mitbürgern. Es gab eine Bild-Umfrage kurz danach, in der die befragten Anhänger verschiedener Parteien sagen mussten, wie sie zu den Sarrazin-Äußerungen stehen.

Die größte Ablehnung gab es bei den Grünen. Da stimmten »nur« 36 Prozent Sarrazin zu. Bei den LINKEN befürworteten 55 Prozent seine Aussagen. Bei der FDP waren es 54 Prozent, bei der CDU 59 Prozent und bei der SPD 50 Prozent.

Nun muss man Umfragen mit Vorsicht genießen, aber nehmen wir mal an, dass, bis auf die Grünen, die Anhänger aller anderen Parteien mehrheitlich mit den Aussagen sympathisierten oder zumindest fanden, dass er eine »nötige Debatte« anstößt.

Das reflektiert, dass die Vorstellungen, die sich zugespitzt bei Irmer oder Sarrazin äußern, auch bei anderen Menschen verbreitet sind. Und ich sehe es gemeinsam mit anderen als meine Aufgabe in der LINKEN an, dagegen anzugehen.

Wir haben beispielsweise am Wochenende einen Parteitag in Rostock, auf dem ich gemeinsam mit anderen einen Antrag »Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus« einbringe. Wo wir uns positionieren, aber auch eine Debatte in der LINKEN einfordern. Denn es reicht nicht nur, eine Position zu beschließen, sondern die Debatte muss auf allen Ebenen geführt werden.

Und da gibt es Erfahrungen aus dem interreligiösen Dialog, die uns als LINKEN auch mal guttun würden. Das geht los mit der Begegnung, denn viele kennen Muslime nur als den Gemüsehändler um die Ecke. Man muss den Austausch direkt organisieren.

Das heißt auch, Muslime als Bündnispartner im Kampf gegen Rechts zu gewinnen. Nicht alle sprechen die muslimischen

Gemeinden genauso selbstverständlich an wie die christlichen oder jüdischen Gemeinden.

Das heißt, die Muslime nicht nur als Opfer des Rassismus zu sehen, sondern auch als Mitstreiterinnen und Mitstreiter dort, wo wir gemeinsame Probleme sehen wie zum Beispiel in der Bildungspolitik. In den Bildungsprotesten und an den Universitäten wäre das möglich. An fast allen Universitäten gibt es muslimische Studierendengemeinden. Der Austausch und diese Aktivitäten müssen organisiert werden und das ist die Grundlage, auf der man diesem Rassismus entgegentreten kann.

Das ist auch bei uns eine große Aufgabe. Aber wir fangen am besten dort an, wo wir die besten Möglichkeiten haben. Vielleicht können wir diese Runde ja auch in anderen Besetzungen an vielen Orten reproduzieren.

Es würde wirklich helfen, wenn es das nächste Mal einen Übergriff gibt, dass die Leute den Mut haben, sich dem entgegenzustellen und darüber hinaus deutlich machen, dass wir in einer Gesellschaft leben wollen, die inklusiv ist. Eine Gesellschaft, in der jeder glauben kann, was er oder sie will, denn – da stimme ich zu – Religion ist Privatsache.

So kann aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden. So können wir der latenten Gefahr der Spaltung und dem Rückzug auf das Eigene, was in den Krisen gefördert wird, wirkungsmächtig entgegentreten.

33. Deutscher Evangelischer Kirchentag vom 1. bis 5. Juni 2011 in Dresden

»... da wird auch dein Herz sein« MATTHÄUS 6, 21

DIE LINKE wird dort mit einem Stand und einer Veranstaltung vertreten sein. Weitere Informationen sind zu gegebener Zeit unter folgender Adresse im Internet zu finden:

http://die-linke.de/politik/aktionen/gott_und_die_welt

Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
partei.vorstand@die-linke.de
V.i.S.d.P. Christine Buchholz
Stand: September 2010

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum _____

Telefonnummer _____

Beruf _____

E-Mail-Adresse _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes?
Wenn ja, in welcher? _____

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum _____

Unterschrift _____



www.die-linke.de